



# Bundestags-Info

## KW 8/2019

**Ingrid Arndt-Brauer**

Mitglied des Deutschen Bundestages



Deutscher Bundestag/Photothek/Thomas Koehler

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Woche möchte ich Sie darüber informieren, über welche Themen wir im politischen Berlin zurzeit besonders intensiv sprechen und welche Vorhaben wir im Bundestag beschließen.

### **Wir verstärken den Kampf gegen Sozialleistungsmissbrauch und Schwarzarbeit**

Unserem Land entsteht Jahr für Jahr ein großer Nachteil durch illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug: allein in den beiden vergangenen Jahren hat der für die Bekämpfung zuständige Zoll einen Schaden in Höhe von ca. 1,8 Mrd. EUR aufgedeckt, weil bei illegal Beschäftigten bzw. Schwarzarbeitern keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt wurden oder weil Menschen sich auf betrügerische Weise Sozialleistungen erschlichen haben. Dieser Schaden ist aber nicht nur finanzieller Natur: Wer den Sozialstaat betrügt, rüttelt damit auch am Vertrauen der Gesellschaft in die soziale Sicherheit. Um dieses betrügerische Verhalten zu bekämpfen, haben wir schon in der Vergangenheit die **Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)**, die beim Zoll angesiedelt ist, personell und finanziell gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass die FKS bis 2026 mehr als 10.000 Beschäftigte haben wird – weit mehr als die heute rund 7.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In dieser Woche hat das Bundeskabinett den Entwurf von SPD-Finanzminister Olaf Scholz für ein Gesetz gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug und gegen Kindergeldmissbrauch beschlossen. Das Gesetz wird perspektivisch nicht nur dazu führen, dass das Personal für den Zoll weiter aufgestockt wird, sondern reagiert auch auf neue Herausforderungen. Das ist dringend erforderlich, denn der Anteil organisierter Kriminalität nimmt ebenso zu wie ausbeuterische Arbeitsbedingungen oder Verstöße gegen das Mindestlohngesetz. Auch gegen den Missbrauch von Kindergeld gehen wir vor. Das neue Gesetz enthält unter anderem diese Verbesserungen:

- Es räumt dem Zoll zusätzliche Kompetenzen ein, um frühzeitig gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen vorgehen zu können
- Es erweitert den Branchenkatalog des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes um das besonders gefährdete Sicherheitsgewerbe
- Es erlaubt es dem Zoll, tariflich vereinbarte Unterkunftsbedingungen und Mindeststandards zu überprüfen
- Es erlaubt dem Zoll, gegen Tagelöhner-Börsen vorzugehen, auf denen illegale Beschäftigung angebahnt wird

- Es räumt dem Zoll Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung ein, wenn der Verdacht auf organisierte Kriminalität im Bereich von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung oder Sozialleistungsmisbrauch besteht
- Es sorgt dafür, dass Kindergeldmissbrauch eingeschränkt wird, indem der Anspruch für EU-Bürger stärker an die wirtschaftliche Aktivität (inländisches Einkommen) geknüpft wird und die Familienkassen das Recht erhalten, die Kindergeldzahlung bei Zweifeln am rechtmäßigen Anspruch vorläufig einzustellen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind diese Verbesserungen besonders wichtig: Wir wollen nicht nur das Vertrauen in den Sozialstaat stärken, sondern auch dafür sorgen, dass unsere rechtlichen Standards bei Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Jedes noch so strenge Arbeitsgesetz und jeder noch so hohe Mindestlohn helfen nicht weiter, wenn Kriminelle in der Lage dazu sind, Menschen auszubeuten. Das haben wir schon in der Vergangenheit bekämpft – und intensivieren diesen Kampf nun noch weiter.

### **Wir beschließen den Digitalpakt – Investitionen in Schulen werden endlich möglich**

Mehr Geld für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr – das ist unser Ziel. Jetzt haben Bund und Länder den Weg für die notwendigen Änderungen im Grundgesetz freigegeben. Das ist ein großer Erfolg. Denn so können wir dafür sorgen, dass gute Bildung nicht vom Wohnort abhängt, mehr bezahlbare Wohnungen entstehen und ein attraktiver ÖPNV die Mobilität vor Ort verbessert und die Umwelt entlastet. Mit der Änderung des Grundgesetzes wird es dem Bund erstmals ermöglicht, in die Infrastruktur etwa von Schulen zu investieren – und damit Qualitätsunterschiede auszugleichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns erfolgreich für gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land ein.

### **Wir stärken die Informationsrechte von Frauen – Reform des § 219a StGB**

Die lange und absolut notwendige Debatte um § 219a StGB und die damit verbundenen Informationsmöglichkeiten über Schwangerschaftsabbrüche findet diese Woche ihr Ende in der Reform des § 219a StGB, die der Bundestag beschlossen hat. Dass Ärztinnen verurteilt wurden, nur weil sie darüber informierten, beim Schwangerschaftsabbruch zu helfen, zeigte klar: Die Vorschrift ist nicht mehr zeitgemäß und benachteiligt schwangere Frauen massiv. Viele Genossinnen und Genossen haben sich für eine ersatzlose Streichung von § 219a StGB eingesetzt. Mir war bei der Debatte besonders wichtig, für zwei Dinge zu sorgen: Das Ärztinnen und Ärzte ohne Angst vor Strafe über die Möglichkeit der Abtreibung informieren dürfen – und dass Frauen die Möglichkeit haben, sich niedrigschwellig und unvoreingenommen über den Schwangerschaftsabbruch informieren zu können. Das haben wir auch ohne eine ersatzlose Streichung des §219a StGB erreicht. Es sind wichtige Fortschritte, die wir in harten Verhandlungen mit der Union erreicht haben – und dennoch bleibt unser politisches Ziel die ersatzlose Streichung von § 219a StGB.

Ihre

Ingrid Arndt-Brauer